

Beamtentum

Systeme, die im Untergang begriffen sind, schlagen wild um sich, um sich am Leben zu erhalten. Deutschland schafft es immer wieder, daß jede Staatsform sich mit einer Diktatur verabschiedet. So endete das Kaiserreich in einer Diktatur, die Weimarer Republik in einer Diktatur und die BRD entwickelt sich gerade in eine totalitäre Diktatur. Die DDR war von Anfang an eine Diktatur und schaffte es rekordverdächtig fast 40 Jahre diesen Zustand zu halten. Was sind die Gründe dafür, wie kann das in Zukunft verhindert werden?

In der Staatstheorie stellt eine Verfassung den Arbeitsvertrag für die Regierung dar und das Beamtentum hat die Aufgabe die Regierung auf Einhaltung dieser Verfassung zu kontrollieren und die Durchsetzung der Gesetze im Staatsvolk. Nur, wenn das Beamtentum nicht ordnungsgemäß funktioniert, hat eine Regierung die Möglichkeit eine Diktatur über ein Staatsvolk zu verhängen. Was sind die Gründe für das Scheitern eines Beamtentums und wie kann das verhindert werden?

Wenn man die Arbeitsaufgabe eines Beamten versteht, dann erwartet man, daß eigentlich fast ausschließlich Patrioten die Laufbahn eines Beamten einschlagen. In Wirklichkeit ist es so, daß fast ausschließlich sicherheitsorientierte Menschen die Laufbahn eines Beamten einschlagen. Der Grund ist sehr einfach: Niemand bietet mehr Sicherheit, als der Staat als Arbeitgeber!

Zuerst einmal sind Beamte fast unkündbar und erhalten Zusatzleistungen bei der Renten- und Krankenversicherung, von der ein normal arbeitender Bürger nur träumen kann. Zudem gibt es bei Versicherungen spezielle Beamtenrabatte, sodaß auch hier eine Bevorzugung gegenüber der Normalbevölkerung gegeben ist. Diese Umsorgung gibt einem sicherheitsbedürftigen Menschen die scheinbar ultimative Sicherheit, aus der er nicht mehr heraus möchte.

Aristoteles hat einmal den Satz gesagt: „Wer die Sicherheit sucht ist zurecht Sklave“. Ich habe erst nach über 20 Jahren nach meinem Lateinunterricht diesen Satz in Gänze verstanden. Wer sicherheitsorientiert ist, wird den Status Quo, den er hat, behalten wollen, damit er sich nicht auf Neues einstellen muß. Jetzt muß aber gesagt werden, daß nicht jeder Beamte sicherheitsorientiert ist und jeder Nichtbeamter ein freiheitlich-liberaler Zeitgenosse. Aber in der Beamtenstruktur sind relativ viele sicherheitsorientierte Menschen. Deswegen werden in Zeiten der Umwandlung in einer Diktatur auffällige Beamte, die z.B. Vorschriften rechtlich in Frage stellt, wirtschaftlich ruiniert. So haben die aufrichtigen Polizeibeamten Alfred Hartlaub und Ivette Pfeiffer durch ihr standhaftes Verhalten ihre ganzen Pensionsansprüche verloren!

Einen wichtigen Baustein hierzu liefert die weisungsgebundene Justiz. Die Verflechtungen der Justiz mit dem Beamtentum und der Politik erkennt man sehr gut im Fall Mollath. Mollaths Frau erledigte mit angeblicher Unkenntnis ihres Arbeitgebers Geldwäsche für Politiker und Wirtschaftsgrößen im fränkischen Raum. Herr Mollath, der diese Tätigkeit nicht billigen konnte, erstattete Anzeige und lieferte die Kundendatenbank mit. Statt seiner Frau die Unterlagen ab zu nehmen, und ihre Kunden zu bestrafen, wurde Herr Mollath in einem geheimen Schauspielprozeß für unzurechnungsfähig erklärt und sollte zwangspsychatriert werden. Der Grund ist klar, es waren hochrangige Politgauner der CSU dabei. Hätte die Polizei ein Verfahren gegen diese Personen eingeleitet, so wären sie ihres Arbeitsplatzes nicht mehr sicher gewesen.

Durch viel Glück kam Herr Mollath frei, obwohl die bayr. Justiz dies mit aller Gewalt verhindern wollte. Dies tat sie bewußt und zwar aus zwei Gründen:

- 1) Der Kollege kann wegen Verjährung nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden
- 2) Ausbreitung eines Justizskandals, über die parteilichen Massenmedien

So stellten seine Kollegen sicher, daß dieser Richter nun eine hohe Pension bekommt, obwohl er in diese Versicherung nie eingezahlt hat! So gibt es eine Vielzahl solcher Unrechtsvorgänge, die unterdrückt werden. Ich möchte hier nur den Fall Matthias Frey aus Bamberg kurz erwähnen, da mich diese Geschichte schwer erschüttert.

Diese kurz angerissenen Justizskandale zeigen, daß eine enge Verflechtung zwischen Politik und Justiz vorhanden ist und die Justiz weisungsgebunden ist. Diese Zustände haben bereits dazu geführt, daß einige Richter dagegen in Potsdam erfolglos demonstriert haben. Beamte, die in Ausübung ihrer Tätigkeit straffällig wurden, werden von der Justiz geschützt. <https://www.youtube.com/watch?v=xQoWU22-q-8> . Damit diese Verflechtungen nicht mehr entstehen können, könnten z.B. wie in der angelsächsischen Justiz Geschworene die Urteile fällen und nur die Richter das Strafmaß bestimmen.

Da das Justizwesen von der Politik auch als Möglichkeit der Geldschaffung angesehen wird, kann man an den Aussagen des Justizministeriums erkennen. Bezüglich der fehlerhaften Gesetzgebung bei der Mieterkündigung forderte man eine zunehmende Streitkultur vor Gericht. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2015/Waermedaemmung-Wie-man-laestige-Mieter-loswird,kuendigungstricks100.html> Damit auch das unabhängige Justizwesen schlank bleibt, sollten die Kosten der freien Geschworenen vom Gericht gezahlt werden. Somit stellt das Justizwesen einen Kostenfaktor für die Regierung dar und das Augenmerk der Gesetze liegt dann automatisch auf Eindeutigkeit.

Die Darstellungen der Verflechtungen zwischen Justiz und Politik sollen genügen, da auch das Volk daran Schuld trägt. Schulterzuckend und gleichgültig werden Informationen hingenommen, statt empört gegen die Verschmelzung der Gewaltenteilung vorzugehen.

Wenn ein Staat langfristig, also auch in schweren Zeiten, überlebensfähig sein soll und seine freiheitlich-liberalen Werte erhalten soll, benötigt es effektiver Kontrolle und Engagement. Dies betrifft das Beamtentum genauso, wie das Volk! Eine vermeidliche Sicherheit darf es nicht geben und Abhängigkeitsverhältnis darf es ebenfalls nicht geben.

Die Menschen werden geistig fit und aktiv bleiben, wenn sie für sich einstehen müssen. Es muß jedem selbst überlassen werden, wie er seine Versorgung (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Rente, usw.) absichern will. Ihm werden die Vorteile klar sein, wie auch die Nachteile. Will er, wie jetzt üblich in Versicherungen gehen, oder in Metalle oder Aktien, oder vielleicht doch in Bargeld. Alles hat Vor- und Nachteile und müssen individuell entschieden werden. Der Staat, oder seine Verwaltung darf hier nicht mehr eingreifen und mit privaten Versicherungen Geschäftsverbindungen erzwingen (Arbeitnehmer zahlen zwangsweise Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen).

Die freie Art der Vorsorge muß auch dem Beamten möglich sein, damit er in kein Abhängigkeitsverhältnis mehr mit seinem Arbeitgeber, der Behörde, fallen kann. Sollte er remonstrieren, so kann nicht mehr wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden und zu seiner Überzeugung stehen. Somit wird aus Sicht der Regierung das Beamtentum weniger steuerbar und das Beamtentum kann seine Funktion als Regierungskontrolle besser erfüllen.

Zudem darf der Arbeitsplatz eines Beamten nicht mehr sicher sein. Sollte ein Beamter für seine Tätigkeit nicht geeignet sein, so muß die Behörde die Möglichkeit haben ihn zu entlassen. Somit wäre eine Behörde sowas, wie ein Konzern, in dem auch jetzt viele sicherheitsorientierte Menschen eine Anstellung suchen. Damit die Konzentrierung dieser Charaktereigenschaft in den Behörden nicht stattfinden kann, müssen „Volksgerichtshöfe“ möglich sein. Ich schreibe deshalb „Volksgerichtshöfe“, da normale Bürger als Geschworene mit ihrem Rechtsempfinden entscheiden sollten, ob ein Beamter sich korrekt verhalten hat oder nicht. Somit sollen Mauschelstrukturen zwischen Behörden und Justiz unterbunden werden, da auch so Richter sich vor dem Volk verantworten müssen. Der Gott in schwarz muß der Vergangenheit angehören!

Als Beispiel nehmen wir mal an, es gibt eine Verkehrskontrolle und der kontrollierte Fahrer erhält einen Nasenbeinbruch und muß ins Krankenhaus gefahren werden. Gegenwärtig ist es so, daß die angeklagten Polizisten vor Gericht erscheinen müssen und im Regelfall frei gesprochen werden. Interessant wird der Ausgang einer solchen Verhandlung, wenn juristische Laien darüber entscheiden müssen, ob ein Fehlverhalten der Polizisten vorliegt oder nicht. Bei Verurteilung müßte der Beamte mit Geldstrafe bis fristloser Entlassung rechnen. Somit wäre die Tätigkeit des Beamten nicht mehr

einschätzbar und sicherheitsorientierte Menschen würden sich Arbeitsplätze suchen, in denen sie nicht Anklage der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Sie suchen sich dann eher Konzerne in der freien Wirtschaft aus und geben so dem Mittelstand mehr Luft zum Atmen.

Ein gleiches Verfahren muß auch über Politiker und Botschaftler gelten. Von der Öffentlichkeit unbenutzt haben hauptsächlich Botschaftler aus den arabischen Ländern und Afrika Sklaven in Berlin, Paris oder London gehalten. Sobald dieses Fehlverhalten bekannt wurde, wurden diese Botschaftler des Landes verwiesen, statt sie wegen Verstoßes der UN-Charta „Deklaration der Menschenrechte“ an zu klagen! Oder wenn ein Politiker seine Praktikantin vergewaltigt, so muß dieses ebenfalls zur juristischen Aufarbeitung führen, statt es durch Polizei und Staatsanwaltschaft zu verhindern.

Ein weiteres Phänomen ist es, daß das Beamtentum möglichst klein gehalten werden muß. In der Demokratie sieht es so aus, daß die Mehrheit im Parlament neue Gesetze verabschiedet, die verwaltet werden müssen. Diese Verwaltung bedarf mehrerer Beamte, die volkswirtschaftlich keinen Wert schaffen. Sollte das Geld für das größer gewordene Beamtentum nicht ausreichen, so werden die Steuern erhöht, wofür wieder die Mehrheit im Parlament verantwortlich ist. Das dieses Spiel auf Kosten der Bevölkerung nicht wieder geschaffen werden kann, muß eine klare Trennung zwischen Regierung und Parlament geschaffen werden. Dies kann eine Monarchie sein, oder auch eine strikte Trennung zwischen Regierung und Parlament. Somit hat die Regierung wirklich damit zu kämpfen, neue Gesetze, neue Beamte und Steuererhöhungen durchzusetzen. So bleibt der Staat schlank und viele Menschen sind aktiv am Bruttosozialprodukt beteiligt.

Aber die Ursache des gegenwärtigen Scheiterns liegen nicht nur in der Regierungsform und im Beamtentum, sondern auch im Volk, welches sich nicht kritisch der Politik gegenüber stellt. Das Deutsche Volk folgte blind einem unfähigen Kaiser, oder verehrte bis zum Schluß einen Führer. In diesem Punkt unterscheidet sich die Situation zu früheren Situationen, da heute keine Massenhysterie gegenüber Frau Merkel oder Herrn Schäuble vorherrscht. Dafür ist das Volk zu sehr mit Fußball beschäftigt und große Massen an Harzlern freut sich darauf am Samstag wieder eine Schlacht mit der Polizei liefern zu dürfen. In einer gesunden Gesellschaft würden solchen Schlägertypen jegliche Zuwendungen gestrichen werden, damit sie sich durch Arbeit wieder in die Gesellschaft integrieren.

Aber auch die arbeitende Gesellschaft ist realitätsfremd geworden, da sie zu sehr bemuttert wird und die Verantwortung des eigenen Lebens dem Staat übergeben will. So werden die Zwangsversicherungen: Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung als soziale Errungenschaft empfunden, statt sich zu fragen, wem diese Versicherungen eigentlich nutzen.

Nach der Krise, wenn viele Versicherungen Pleite gegangen sind, wird dieser Zustand sicherlich anders bewertet werden. Viele Menschen werden einer Versicherung nicht mehr trauen und die persönliche Absicherung in die eigenen Hände nehmen wollen. Dies wird, meiner Meinung nach, die Grundlage für ein kritisches und selbstverantwortliches Volk darstellen. Das sollte genutzt und aufrecht erhalten werden. Das wird die Grundlage dafür sein, daß der Staat schlank sein wird, da weniger verwaltet wird. Meiner Meinung nach muß das Beamtenwesen grundlegend verändert werden, damit es in schwierigen politischen Situationen nicht wieder aufgebläht und mißbraucht wird. Beamte müssen Idealisten sein, die für ihre Arbeit einstehen und Verantwortung übernehmen wollen.

Meiner Meinung nach kann man das nur erreichen, wenn das Beamten-Dasein ohne Sicherheiten erfolgt. Eine Selbstkontrolle darf es nicht geben, diese muß von außen erfolgen und das Beamtentum muß durch die Staatsstruktur schlank gehalten werden. Somit hat dann die Justiz gar nicht mehr die Möglichkeit ein kriminelles Netzwerk über das gesamte Staatswesen zu flechten, da sie selbst auf dem Prüfstand steht. Sollte in einem Fall der Beamte für schuldig gehalten werden, so kann er auch entlassen werden. Aber er fällt dann nicht abgrundtief, da er in keine wirtschaftlichen Totalausfälle hat, da eigenverantwortlich für sich die Vorsorge getätigt hat.

Stefan Doliwa

www.vorgesorgt.info